

Obwohl es sich beim Ausbau der Kindertagesbetreuung um eine Pflichtaufgabe der Länder und Kommunen handelt, für die sie auch die Finanzierungsverantwortung tragen, stellt der Bund für den Ausbau der Kindertagesbetreuung die Finanzierungsgrundlage im Wege der Entlastung der Kommunen bereit. Der Bund muss diesen Weg der finanziellen Unterstützung wählen, weil er nach der Kompetenzordnung des Grundgesetzes zwar die Möglichkeit hat, die Kindertagesbetreuung gesetzlich zu regeln, die Umsetzung einer rechtlichen Regelung und auch die Finanzierungslast aber den Ländern und den kommunalen Gebietskörperschaften obliegen; direkte Finanzbeziehungen zwischen Bund und Kommunen sind nicht möglich.

Die Finanzierung der gesetzlichen Zielvorgaben wird durch die Entlastung der Kommunen aus der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe in Höhe von bundesweit 2,5 Mrd. Euro jährlich, wie in § 46 Abs. 5 SGB II gesetzlich fixiert, gesichert. Es wird erwartet, dass die Kommunen von den 2,5 Mrd. Euro ab 2005 jährlich (anwachsend bis zum Jahr 2010) 1,5 Mrd. Euro für den Ausbau der Kinderbetreuung für die unter Dreijährigen verwenden. Um sicherzustellen, dass die Kommunen in der gesetzlich fixierten Höhe entlastet werden, beteiligt sich der Bund gemäß § 46 Abs. 6 und 7 SGB II mit einem – ursprünglich jährlich zu überprüfenden – Beteiligungssatz an den grundsätzlich von den Kommunen zu tragenden Leistungen für Unterkunft und Heizung. Da die Datengrundlage zur Überprüfung der Bundesbeteiligung noch nicht belastbar genug war, wurde die Bundesbeteiligung für die Jahre 2005 und 2006 gesetzlich auf 29,1 % fixiert. Ab dem Jahr 2007 wird sie durch Bundesgesetz geregelt. Der Bund hat damit seinen Beitrag zur Sicherstellung der Entlastung der Kommunen um insgesamt 2,5 Mrd. Euro jährlich geleistet. Nach der gegenwärtigen Datenlage wird die Entlastung in den beiden Jahren diesen Betrag sogar übersteigen. Hierbei kommt es jedoch auch darauf an, dass die Länder ihre durch das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt entstehenden Entlastungen vollständig an die Kommunen weiterleiten.

Im Zentrum des TAG steht der bedarfsgerechte und qualitätsorientierte Ausbau der Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und Kindertagespflege für unter 3-jährige Kinder. Die Änderungen der gesetzlichen Regelungen hinsichtlich des Ausbaus der Kindertagesbetreuung (vgl. §§ 22, 23, 24, 24a SGB VIII) sind am 1. Januar 2005 in Kraft getreten. Die Kommunen sind verpflichtet, mindestens für diejenigen Kinder im Alter unter drei Jahren ein Betreuungsangebot vorzuhalten, deren Wohl nicht gesichert